

**Antrag auf Fehlbetragsausgleich**

gemäß § Abs. 3 des Gesetzes über den Mehrbelastungsausgleich für kommunale  
Straßenbaumaßnahmen (MehrBAG) i.V.m. §§ 4 und 5 Straßenausbau-  
Mehrbelastungsausgleich-Verordnung (StraMaV)



**1. Antragssteller**

<b>Name der Gemeinde/Stadt:</b>	
<b>Anschrift:</b>	
<b>Internetauftritt (URL):</b>	
<b>Hauptverwaltungsbeamter:</b>	
<b>Ansprechperson:</b>	
<b>Telefonnummer:</b>	
<b>E-Mail-Adresse:</b>	

**2. Anzahl der anrechenbaren Straßenbaumaßnahmen/Teileinrichtungen**  
(Für jede Maßnahme ist ein Maßnahmenblatt auszufüllen.)

<b>Anzahl der Maßnahmen insgesamt:</b>	
<b>Anzahl der Teileinrichtungen insgesamt:</b>	

**3. Zahlungsinformationen**

<b>Zahlungsempfänger:</b>	
<b>IBAN:</b>	
<b>BIC:</b>	
<b>Bank:</b>	
<b>Verwendungszweck:</b>	

**4. Einzureichende Antragsunterlagen je Straßenbaumaßnahme**

Bitte folgende Unterlagen, gemeinsam mit dem Antragsformular, per E-Mail an [LBV-StrAusbB@LBV.Brandenburg.de](mailto:LBV-StrAusbB@LBV.Brandenburg.de) senden.

<b>Satzung für Straßenbaubeiträge in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung:</b>	
<b>Beschluss des zuständigen Organs der Gemeinde über die beabsichtigte Straßenbaumaßnahme:</b> (z. B. Ausbaubeschluss der Kommunalvertretung)	
<b>Belege dafür, dass es sich um eine beitragsfähige Straßenbaumaßnahme nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung (a.F.) handelt:</b> Nachweis der Öffentlichkeit nach § 8 Abs. 1 des KAG a.F. (z.B. Widmungsverfügung); Einstufung der Straßenbaumaßnahme nach § 8 Abs. 2 des KAG a.F. mit kurzer Begründung (z.B. KAG-Abrechnungsvermerk); Vorlage eines technischen Ausbauprogramms; Belege dafür, dass die Anlage oder Einrichtung zum Zeitpunkt des Ausbaus den örtlichen Ausbauepflogenheiten entsprach (z.B. begründende Unterlagen, Baugrundgutachten, Erläuterungsbericht, aussagekräftige Fotodokumentation des Ausbauzustandes)	
<b>Nachweis der Entstehung der sachlichen Beitragspflicht für die Straßenbaumaßnahme:</b> (z.B. VOB-Abnahme Protokoll)	
<b>Schlussrechnungen über die erfolgte Straßenbaumaßnahme:</b> (tabellarisch zusammengefasst, ohne Mengenermittlungen, Aufmaß etc., ggf. Vorlage der Auszahlungsanordnungen)	
<b>Die Höhe der Beitragsausfälle aufgrund der nicht erhobenen Beiträge infolge des Verbots der Beitragserhebung nach § 8 Abs. 1 S. 2 des KAG und deren Berechnung nach § 4 Abs. 3 StraMaV seit dem 1. Januar 2019:</b> (Aufschlüsselung des beitrags- und umlagefähigen Aufwandes je Straßenbaumaßnahme anhand des Berechnungsnachweises (Maßnahmenblatt) und bei Reduzierungen des Anteils der beitragspflichtigen Anlieger am Aufwand als Nachweis die Grundstücksliste mit den berechneten Anliegerbeiträgen)	
<b>Zuwendungsbescheid bei Förderung oder Nachweis/Vereinbarung über Gemeinschaftsmaßnahme:</b>	

5. Anwendung § 13 Abs. 2 KAG	
<p><b>Die Gemeinde stimmt der Anwendung des § 13 Abs. 2 KAG zu.</b>            ("Centbeträge können bei der Festsetzung von Abgaben und abgaberechtlichen Nebenleistungen auf volle zehn Cent nach unten abgerundet und bei Erstattungen auf volle zehn Cent nach oben aufgerundet werden.")  <b>D.h. die Gesamtantragssumme kann bei Rundungsdifferenzen auf volle zehn Cent nach unten abgerundet werden zugunsten des LBV (das an die Stelle der Anlieger tritt). Dadurch werden aufwendige Änderungs- und Korrekturanträge im Centbereich, die ansonsten die Gemeinde vorzunehmen hätte, überflüssig.</b></p>	

6. Pauschalzahlungen (PSZ)			
Jahr	erhaltene PSZ	verrechnet mit Antrag (Bitte das Aktenzeichen angeben)	Bescheiddatum
2019			
2020			
2021			
2022			
2023			
2024			
2025			
2026			
2027			
Summe Pauschalzahlungen			

7. Zusammenfassung der Berechnungsnachweise über beitrags- und umlagefähige Aufwendungen für Straßenausbaumaßnahmen	
<p><b>Gesamtsumme tatsächlicher Aufwand:</b>            (Gesamtkosten der Straßenausbaumaßnahme - Herstellungskosten inkl. Baunebenkosten)</p>	
<p><b>Gesamtsumme nicht-beitragsfähiger Aufwand und anderweitig umlagefähiger Aufwand:</b> (z. B. Kostenersatz für Zufahrten, Hausanschlüsse)</p>	
<p><b>Gesamtsumme Beitragsfähiger Aufwand:</b></p>	
<p><b>Gesamtsumme Anteil der Kommune am beitragsfähigen Aufwand:</b>            (Anlagen der Allgemeinheit, Grundstücke im gemeindlichen Eigentum)</p>	
<p><b>Gesamtsumme nicht umlagefähiger Aufwand:</b>            (Hierzu zählen bspw. Reduzierungen aufgrund von speziellen Satzungsregelungen (Entlastungen, Mehrfacherschließungen) sowie Beiträge, die auf Grundstücke entfallen, die sich im kommunalen Eigentum befinden.)</p>	
<p><b>Gesamtsumme Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand:</b>            (auf Beitragspflichtige umlagefähiger Anteil)</p>	

8. Ermittlung des verbleibenden Fehlbetrages	
<p><b>Gesamtsumme Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand:</b>            (auf Beitragspflichtige umlagefähiger Anteil)</p>	
<p><b>Gesamtsumme erhaltener Pauschalzahlungen:</b></p>	
<p><b>Summe noch nicht verwendeter/ angerechneter Pauschalzahlungen:</b></p>	
<p><b>Zwischenergebnis:</b></p>	
<p><b>Bereits erhaltene Vorausleistungen:</b>            (mit Angabe des Aktenzeichens)</p>	
Aktenzeichen:	
<p><b>Bereits erhaltene stichtagsbedingte Erstattungen von Rückzahlungen:</b></p>	
<p><b>Summe verbleibender Fehlbetrag:</b></p>	

Ort/ Datum	Stempel/ Siegel	rechtsverbindliche Unterschrift
------------	-----------------	---------------------------------